

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Rolf Kutzmutz, Dr. Dietmar Bartsch, Dr. Heinrich Fink, Wolfgang Gehrcke, Uwe Hixsch, Sabine Jünger, Gerhard Jüttemann, Dr. Christa Luft, Angela Marquardt und der Fraktion der PDS

zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Gunnar Uldall, Ulrich Adam, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

– Drucksachen 14/2293, 14/4460 –

Die Ostseeregion – Chancen und Risiken einer Wachstumsregion von zunehmender weltweiter Bedeutung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit dem Ende des Kalten Krieges und insbesondere im Prozess der Osterweiterung der Europäischen Union entwickelt sich die Ostseeregion stärker als je zuvor zu einer völkerverbindenden Brücke. Davon sind die nordöstlichen Grenzregionen in stärkerem Maße als andere Landesteile betroffen. Der Gewinn an Zentralität innerhalb von Europa kann insbesondere für Vorpommern zur einzigartigen wirtschaftlichen und soziokulturellen Chance werden. Es wird eine neue grenzüberschreitende Region mit einem großen Oberzentrum Szczecin entstehen. Zum anderen werden hier die Auswirkungen der Öffnung wegen ihrer räumlichen Nähe unmittelbar als erste zu spüren sein, verfügt insbesondere Vorpommern aufgrund seiner bisherigen Grenzlage über eine unterdurchschnittlich ausgebaute Infrastruktur, die nach der Erweiterung ein stark zunehmendes Transitaufkommen bewältigen muss.

Für die Ostseeregion insgesamt besteht bisher durchaus die Gefahr, dass sie allein zum Transitraum für die EU-Osterweiterung wird, statt an seinen großen Chancen beteiligt zu sein. Deren aktive Gestaltung im Ostseeraum ist notwendig. Das gilt umso mehr, als die Wahrnehmung, Nutzung und Gestaltung ihrer großen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und friedenspolitischen Möglichkeiten auch die wichtigste Voraussetzung ist, die problematischen und negativen Seiten zu begrenzen und bestehende Ängste in der Bevölkerung real zu zerstreuen. Die schnelle Osterweiterung der EU darf nicht zerredet, nicht gefährdet werden. Unerlässliche Bedingungen dafür sind ihre sorgfältige Vorbereitung, ihre demokratische Gestaltung, ihre soziale Orientierung sowohl in den Beitrittsländern als auch in der EU selbst. Den Ostseeregionen Russlands muss bei Wahrung der territorialen Integrität und politischen Eigenständigkeit der

Russischen Föderation eine größtmögliche Partizipation an den entstehenden vielfältigen Verflechtungen im Ostseeraum eingeräumt werden.

Der notwendige erweiterungsvorbereitende Strukturwandel in den Regionen ist im Rahmen der bestehenden Programme der EU nicht umsetzbar. Die Strukturanpassung in den Grenzregionen braucht eine besondere förderpolitische Unterstützung von Bund und EU. Erforderlich ist eine regionale Flankierungsstrategie im Rahmen eines eigenständigen zusätzlichen Programms für grenznahe Räume, das unbürokratisch handhabbar ist und deutlich vor den ersten Beitritten zur Wirkung kommt. Das Aktionsprogramm für grenznahe Räume sollte vor allem die Verbesserung der Infrastruktur, die Förderung der Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Arbeitsmärkte, aber auch die soziale und kulturelle Vorbereitung der Bevölkerung zum Gegenstand haben.

Der Ausbau der Infrastruktur wird notwendig, damit die grenznahen Räume an den Haupthandelsströmen teilhaben können. Die derzeit vorhandene Infrastruktur ist dafür zwangsläufig überfordert und defizitär. Mit dem EU-Beitritt Polens ist eine Intensivierung vor allem des LKW-Verkehrs und damit eine Überlastung der bestehenden Verkehrssysteme in den Grenzregionen zu erwarten. Seewege und Häfen, Bahnverbindungen, Energie- sowie Kommunikationsleitungen und Fernstraßen müssen zu einem leistungsfähigen Netz verknüpft werden, welches die Erreichbarkeit zu Handelszentren wie Berlin und Hamburg ebenso sicherstellt wie die Anbindung an die Ostseehäfen, die von zentraler Bedeutung für den Verkehr nach Skandinavien und Osteuropa sind. Im Rahmen eines solchen „Infrastrukturprojektes Osterweiterung“ muss es insbesondere um den Ausbau grenznaher und grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen sowie die Entwicklung innovativer Modelle der Grenzlogistik für den Güterverkehr gehen. Die hierfür bislang zur Verfügung stehenden Fördermittel reichen nicht aus.

In Vorbereitung der Erweiterung braucht es neue Möglichkeiten in der Wirtschaftsförderung und für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes in grenznahen Räumen. Bislang konnten die Unternehmen in grenznahen Regionen ihren natürlichen Lagevorteil im Handel mit Polen, den baltischen Staaten und Russland nicht ausschöpfen. Deswegen sind Initiativen zur Erschließung dieser bisher nur unzureichend wahrgenommenen Märkte in den angrenzenden Regionen der Beitrittsländer ebenso zu unterstützen wie grenzüberschreitende regionale „Agenden 21“. Dazu ist eine Stärkung und grenzüberschreitende Bündelung der Wirtschafts- und Umweltschutzförderung sowie die Ausweitung geeigneter Modellprojekte erforderlich. Netzwerke grenzüberschreitender Technologiezentren und Unternehmenskooperationen sind zu entwickeln, dazu ist eine gesonderte Förderung im Rahmen des vorgeschlagenen Aktionsprogramms notwendig.

Menschen wie Unternehmen der deutschen Ostseeanrainer, insbesondere aus Mecklenburg-Vorpommern, verfügen über teilweise jahrzehntelange, sehr vielfältige Kontakte und Zusammenarbeit mit Partnern im östlichen Ostseeraum. Solche Erfahrungen sollten gesammelt und im Prozess der EU-Osterweiterung anderen zur Verfügung gestellt werden. Hier gibt es derzeit erhebliche Defizite, die durch ein „Kompetenzzentrum Ostseeintegration“ abgebaut werden könnten – beispielsweise in Form einer von Bund, interessierten Ländern, Kammern und sonstigen Institutionen getragenen Stiftung. Potentielle Partner sollten dort konkrete Hilfe durch Information, Koordinierung und Begleitung bei der Entwicklung eigenständiger Kooperationsbeziehungen erhalten. So könnte das offenkundige Bedürfnis nach mehr Information, Koordinierung und Vernetzung besser befriedigt werden, um die EU-Osterweiterung integrativ für die jetzigen EU-Mitgliedstaaten wie für die Beitrittsländer zu gestalten.

Unverzichtbar bleibt die Verbesserung der Sprachkompetenz: Erwerbstätige, welche die deutsche und polnische bzw. russische oder baltische Sprache beherrschen, werden nach der Erweiterung in der gemeinsamen Wirtschaftsregion einen klaren Vorteil am Arbeitsmarkt haben. Bildung und Qualifikation werden zum entscheidenden Faktor bei der Umsetzung der Chancen der Erweiterung. Es braucht eine „Bildungsoffensive Osterweiterung“. Dazu zählt die Gründung bilingualer, insbesondere deutsch-polnischer Schulen sowie eine stärkere Unterstützung der Universitäten und Hochschulen bei grenzüberschreitenden Lehr- und Forschungsaktivitäten.

Ein Aktionsprogramm Osterweiterung darf sich nicht auf ökonomische Aspekte beschränken. Die sozialen und kulturellen Aspekte der Vorbereitung müssen ebenso Berücksichtigung finden. Das heißt, die Offenheit und das Interesse der Bevölkerung für die Menschen auf der jeweils anderen Seite der Grenze zu wecken. Dazu gehören deutlich mehr kulturelle Veranstaltungen mit regionalem und identitätsstiftendem Bezug sowie kommunale Besuchsprogramme und Begegnungsprojekte im Schul- und Jugendbereich.

Angesichts der Osterweiterung der EU muss das System der Arbeitsmarktförderung auf die zunehmende Europäisierung der Arbeitsmarktpolitik vorbereitet werden. Künftig sollte es möglich sein, Qualifizierungsmaßnahmen auch auf Beschäftigungsverhältnisse in grenznahen Räumen im Nachbarland auszurichten. Dazu müssen die Fördermöglichkeiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Rahmen des SGB III auch außerhalb des Wirkungsbereiches des Sozialgesetzbuches zur Anwendung gelangen können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- sich in den bestehenden internationalen Strukturen einzusetzen für
 - eine institutionelle Zusammenführung der gegenwärtig auf verschiedenen Ebenen (EU, Ostseerat usw.) parallel laufenden Zusammenarbeit in einer Ostseekonferenz, die alle Staaten der Ostseeregion gleichberechtigt einbezieht,
 - eine vertraglich vereinbarte Reduzierung der Militärpräsenz in der Region,
 - die Durchsetzung höchster Sicherheitsstandards im Ostsee-Schiffsverkehr durch die Nutzung einschlägiger Regelungen der International Maritime Organization (IMO) für „besonders sensible Seegebiete“, beispielsweise den ausschließlichen Einsatz doppelwandiger Tanker;
- sich in der EU einzusetzen für
 - eine weitere Konkretisierung des vom Europäischen Rat in Feira verabschiedeten Aktionsplan zur Nördlichen Dimension,
 - eine schnellere Verzahnung der vorhandenen Förderinstrumente INTERREG, PHARE, TACIS mit Blick auf die künftigen EU-Mitglieder aus der Ostseeregion,
 - eine Öffnung geeigneter EU-Programme für die Kooperation mit Russland, um vor allem die Region Kaliningrad zu einer Modellregion künftiger Zusammenarbeit mit Russland entwickeln zu können,
 - ein zusätzliches Programm zur Unterstützung der Strukturanpassung in EU-Grenzregionen;
- sich mit den interessierten betroffenen Bundesländern auf nationale Möglichkeiten zur auch grenzüberschreitenden Förderung von Wirtschaft, Landwirtschaft, Natur- sowie Umweltschutz und auf „Infrastrukturprojekte Osterweiterung“ zu verständigen sowie die dazu erforderlichen Voraussetzungen im Bundeshaushalt zu schaffen;

- mit interessierten Ländern, Kammern und sonstigen Institutionen ein „Kompetenzzentrum Ostseeintegration“ aufzubauen;
- im Rahmen einer „Bildungsoffensive Osterweiterung“ bilinguale Bildungseinrichtungen, grenzüberschreitende Forschungsaktivitäten und kulturellen Austausch zu unterstützen;
- die Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik den besonderen Anforderungen der Regionen an den EU-Außengrenzen anzupassen, indem beispielsweise – wie vom Bundesrat vorgeschlagen (Bundestagsdrucksache 14/5013) – arbeitsmarktpolitische Instrumente auch grenzüberschreitend im Tagespendlerbereich eingesetzt werden können;
- an der deutschen Ostseeküste ein integriertes Küstenzonenmanagement entsprechend des „Vorschlages für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Umsetzung des integrierten Küstenzonenmanagements in Europa“ (KOM(2000) 545 endg.) zu betreiben

und so mit einer Politik der aktiven Beschäftigung, des lebenslangen Lernens, der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Nachhaltigkeit die Ostseeregion zu einer besonders zivilgesellschaftlich geprägten Region entwickeln zu helfen.

Berlin, den 7. Februar 2001

Rolf Kutzmutz
Dr. Dietmar Bartsch
Dr. Heinrich Fink
Wolfgang Gehrcke
Uwe Hixsch
Sabine Jünger
Gerhard Jüttemann
Dr. Christa Luft
Angela Marquardt
Roland Claus und Fraktion